

Stand: 21.06.2026 12:23:08

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/11869

"Möglicher Abzug amerikanischer Streitkräfte aus Bayern – Bericht der Staatsregierung"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/11869 vom 06.05.2026
2. Beschluss des Plenums 19/11921 vom 06.05.2026
3. Plenarprotokoll Nr. 79 vom 06.05.2026



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Holger Grießhammer, Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Ruth Müller, Florian von Brunn, Sabine Gross, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und Fraktion (SPD)

### **Möglicher Abzug amerikanischer Streitkräfte aus Bayern – Bericht der Staatsregierung**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag zu berichten,

- welche konkreten Informationen ihr hinsichtlich eines möglichen oder geplanten Abzugs von Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika aus Bayern und Deutschland vorliegen,
- wie sie die sicherheits-, außen-, wirtschafts- und strukturpolitischen Auswirkungen eines solchen Abzugs insbesondere für den Freistaat bewertet,
- welche Gespräche sie hierzu mit der Bundesregierung, den zuständigen Stellen der Vereinigten Staaten sowie mit betroffenen Kommunen und Regionen führt,
- welche Maßnahmen sie zu ergreifen beabsichtigt, um etwaige negative Folgen für die betroffenen Standorte, Beschäftigten und deren Familien abzufedern,
- welche Initiativen sie zur Stärkung der transatlantischen Beziehungen und der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit insbesondere mit den in Bayern stationierten US-Streitkräften unternimmt.

### **Begründung:**

Die Präsenz amerikanischer Streitkräfte in Deutschland und insbesondere in Bayern ist seit Jahrzehnten ein zentraler Pfeiler der europäischen und internationalen Sicherheitsarchitektur. Sie ist Ausdruck der engen transatlantischen Partnerschaft, die auf gemeinsamen Werten wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit beruht. Gerade Bayern nimmt hierbei eine herausragende Rolle ein: Zahlreiche Standorte der US-Streitkräfte prägen seit Generationen das gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Leben ganzer Regionen.

Ein möglicher Abzug amerikanischer Truppen hätte daher weitreichende Konsequenzen – nicht nur sicherheitspolitisch, sondern auch für die wirtschaftliche Stabilität und die soziale Struktur vieler Kommunen. Tausende Arbeitsplätze hängen direkt oder indirekt von der Präsenz der US-Streitkräfte ab. Darüber hinaus sind über Jahrzehnte gewachsene persönliche Beziehungen, zivilgesellschaftliche Kooperationen und kulturelle Verbindungen ein unverzichtbarer Bestandteil der besonderen bayerisch-amerikanischen Freundschaft geworden.

Diese Freundschaft ist weit mehr als ein strategisches Bündnis. Sie ist lebendige Partnerschaft, getragen von Begegnungen, gegenseitigem Vertrauen und gemeinsamer

Verantwortung. Städtepartnerschaften, schulische Austauschprogramme und vielfältige gesellschaftliche Initiativen haben ein dichtes Netzwerk entstehen lassen, das die transatlantischen Beziehungen fest im Alltag der Menschen verankert. Ein Rückzug amerikanischer Streitkräfte würde daher nicht nur militärische Strukturen betreffen, sondern auch dieses gewachsene Geflecht menschlicher Beziehungen.

Zugleich steht Europa vor erheblichen sicherheitspolitischen Herausforderungen. Die geopolitische Lage ist von zunehmenden Spannungen geprägt. In dieser Situation ist ein starkes transatlantisches Bündnis von zentraler Bedeutung. Die Präsenz der Vereinigten Staaten in Europa – und insbesondere in Deutschland – ist ein wesentliches Element kollektiver Sicherheit und Abschreckung. Veränderungen in dieser Präsenz bedürfen daher einer sorgfältigen politischen Bewertung und einer engen Abstimmung zwischen allen Ebenen staatlichen Handelns.



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten **Holger Grießhammer, Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Ruth Müller, Florian von Brunn, Sabine Gross, Horst Arnold, Nicole Bäumler, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 19/11869

### **Möglicher Abzug amerikanischer Streitkräfte aus Bayern – Bericht der Staatsregierung**

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag zu berichten,

- welche konkreten Informationen ihr hinsichtlich eines möglichen oder geplanten Abzugs von Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika aus Bayern und Deutschland vorliegen,
- wie sie die sicherheits-, außen-, wirtschafts- und strukturpolitischen Auswirkungen eines solchen Abzugs insbesondere für den Freistaat bewertet,
- welche Gespräche sie hierzu mit der Bundesregierung, den zuständigen Stellen der Vereinigten Staaten sowie mit betroffenen Kommunen und Regionen führt,
- welche Maßnahmen sie zu ergreifen beabsichtigt, um etwaige negative Folgen für die betroffenen Standorte, Beschäftigten und deren Familien abzufedern,
- welche Initiativen sie zur Stärkung der transatlantischen Beziehungen und der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit insbesondere mit den in Bayern stationierten US-Streitkräften unternimmt.

Die Präsidentin

I.V.

**Alexander Hold**

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Holger Gießhammer

Abg. Dieter Arnold

Abg. Benjamin Adjei

Abg. Dr. Harald Schwartz

Abg. Oskar Atzinger

Staatsminister Dr. Florian Herrmann

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Zur gemeinsamen Beratung rufe ich nun auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten**

**Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU)**

**US-Streitkräftebasen in Bayern erhalten - transatlantische Verbundenheit bewahren (Drs. 19/11856)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Griebhammer, Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)**

**Möglicher Abzug amerikanischer Streitkräfte aus Bayern - Bericht der Staatsregierung (Drs. 19/11869)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)**

**Möglichen US-Truppenabbau zur Stärkung der eigenen Verteidigungsfähigkeit nutzen (Drs. 19/11870)**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile Herrn Kollegen Bernhard Pohl von der Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort.

**Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER):** Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Grafenwöhr, Vilseck, Hohenfels, Illesheim, Ansbach und Garmisch-Partenkirchen: Dies sind die Standorte, an denen US-amerikanische Truppen stationiert sind. Sie sind zu Freunden geworden und Garanten für Freiheit und Sicherheit. Umso schockierender war es, als Donald Trump vor wenigen Tagen ankündigte, dass die Stärke der Truppen von über 30.000 um mehr als 5.000 Soldaten reduziert wird.

Das ist nicht das erste Mal. Bereits 2020 gab es derartige Drohszenarien. Damals waren es über 12.000. Aber das Ganze ist Grund genug für uns als Parlamentarier, über die Bayerische Staatsregierung und damit auch den Bund dringend zu appellieren, dass diese Pläne nicht verwirklicht werden dürfen.

Wir als Bayerischer Landtag stehen zur NATO, zu den transatlantischen Beziehungen mit den Vereinigten Staaten und zur Willkommenskultur, die wir hier in Bayern gegenüber den einheimischen, aber auch den amerikanischen Streitkräften seit Jahrzehnten leben. Das ist der Gegenstand unseres Dringlichkeitsantrags. Wir werden übrigens – das kündige ich jetzt schon an – auch dem Berichtsantrag der SPD-Fraktion zustimmen. Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich betonen, dass die große Mehrheit der bayerischen Sozialdemokraten immer zur Bundeswehr gestanden hat – ich nenne hier Peter Paul Gantzer –, nicht alle, aber viele. Wir werden auch diesen Antrag unterstützen.

Ich möchte die weltpolitische Situation wie folgt beschreiben: Wir haben in Europa einen verbrecherischen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Wir haben eine Bedrohung Israels im Nahen Osten, nicht erst seit wenigen Wochen oder Monaten, sondern seit Jahrzehnten. Die unheilige Allianz von Russland und Iran bedroht unsere Freiheit, unsere Werte und unsere Sicherheit in Europa und im Mittelmeerraum. Hier wäre es ein fatales Zeichen, gerade in dieser Situation von unseren amerikanischen Freunden das Signal zu erhalten, ihr seid nicht mehr so wichtig und wir können hier Truppen reduzieren. Das Gegenteil muss der Fall sein. Wir müssen entschlossener denn je den Gegnern der Freiheit und unserer westlichen Werte entgegentreten

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

und ihnen auch militärisch klarmachen: Es lohnt sich nicht, gegen uns irgendwelche kriegerischen Aktionen zu fahren. Im Übrigen: Auch in der Bundesrepublik Deutschland, auf deutschem Boden, findet längst ein hybrider Krieg Russlands statt.

Ich möchte an dieser Stelle auch Danke sagen: Danke dem Wirtschaftsminister und seinem Staatssekretär aus der Oberpfalz, die sich bereits 2020 um diese Standorte gekümmert haben und die bereits jetzt Gespräche führen, genauso meinen Kollegen Bernhard Heinisch und Martin Scharf,

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Und Markus Söder!)

die sich dieses Themas annehmen. – Die Rolle der CSU könnt ihr dann darstellen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Fairness muss schon sein!)

– Ihr habt jeden Raum. Was ihr an Aktivitäten am Laufen habt, könnt ihr gerne selber darstellen. Ich bedanke mich zunächst einmal bei unseren Leuten und stelle fest, Frau Kollegin, dass in derartigen Fragen – ich schaue zu Florian Herrmann – zwischen den Koalitionspartnern nicht nur kein Dissens besteht – das gibt es ohnehin so gut wie nie –, sondern sogar ein ganz enger Schulterschluss. Und weil ich hier den Herrn Urban sehe: Vielen Dank für die hervorragende Arbeit der Staatskanzlei in diesem Bereich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU und der SPD)

Ich möchte aber auch sagen: Wir lassen unsere Bürgermeister und Kommunalpolitiker vor Ort, Thorsten Grädler, frisch gewählter Bürgermeister in Vilseck, und Christian Graf, Bürgermeister von Hohenfels, selbstverständlich nicht im Regen stehen – ganz im Gegenteil: Wir stehen auf eurer Seite und werden alles tun, um a) diese Dinge, die hier im Raum stehen, nicht geschehen zu lassen und b) auf jeden Fall die Region zu stärken.

Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag. Wir werden dem Antrag der SPD-Fraktion ebenfalls zustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU sowie Abgeordneten der SPD)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Kollege Pohl. – Für die SPD-Fraktion hat Herr Fraktionsvorsitzender Holger Grießhammer das Wort.

**Holger Grießhammer (SPD):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! Die Diskussion über einen möglichen Abzug der US-Streitkräfte zeigt vor allem eines: Sicherheitspolitik ist keine abstrakte Debatte – nein, ganz und gar nicht. Sie hat ganz klar konkrete Auswirkungen auf unsere Sicherheit, auf unsere Kommunen und auch auf viele Arbeitsplätze in Bayern. Da geht es um die Bäckerei, die seit Jahren die Kasernen beliefert, um die Familien, die sich fragen: Was bedeutet dieser Abzug möglicherweise für unsere Region und für unsere Zukunft?

Deshalb ist es gut, liebe Kolleginnen und Kollegen, und wichtig, dass der Landtag heute ein – ich schicke es vorweg – gemeinsames Signal sendet: Wir stehen zur transatlantischen Partnerschaft und zu den amerikanischen Standorten in Bayern.

Ja, wir erleben gerade in den USA politische Entwicklungen, die viele Menschen mit Sorge betrachten. Donald Trump stellt internationale Partnerschaften immer wieder in Frage und denkt Außenpolitik oft kurzfristig und nach seinem Motto "America first". Aber gerade deshalb dürfen wir jetzt nicht nervös werden oder die transatlantischen Beziehungen kleinreden – ganz im Gegenteil. In unsicheren Zeiten braucht es Verlässlichkeit, Dialog und starke Bündnisse.

Die Präsenz der US-Streitkräfte ist seit Jahrzehnten ein zentraler Bestandteil unserer Sicherheitsarchitektur. Gerade in einer Zeit internationaler Krisen und wachsender Unsicherheit braucht es Verlässlichkeit im Bündnis und vor allem im politischen Handeln. Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, unterstützen wir den Dringlichkeitsantrag der Regierungsfaktionen ausdrücklich.

(Michael Hofmann (CSU): Sehr gut! – Beifall bei der SPD, der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Gleichzeitig sagen wir als SPD-Fraktion auch: Ein politisches Bekenntnis allein reicht nicht aus. Deshalb haben wir ergänzend einen Antrag eingebracht, der Klarheit und Transparenz einfordert: Welche Informationen liegen der Staatsregierung tatsächlich vor? Welche Folgen hätte ein möglicher Abzug? Welche Unterstützung gäbe es für

Beschäftigte, Familien und Kommunen? Gerade jetzt braucht es Verantwortung statt Spekulation.

Meine Damen und Herren, die transatlantische Partnerschaft steht für gemeinsame Werte, für Demokratie, Freiheit und internationale Zusammenarbeit. Diese Partnerschaft hat über Jahrzehnte Stabilität geschaffen. Deshalb machen wir heute gemeinsam deutlich: Die amerikanischen Streitkräfte sind in Bayern willkommen.

(Beifall bei der SPD, der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vielen herzlichen Dank. Auch wir werben um Zustimmung. Wir werden eurem Antrag auch zustimmen.

(Beifall bei der SPD, der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Kollege Griebhammer. – Für die AfD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Arnold das Wort.

(Beifall bei der AfD)

**Dieter Arnold (AfD):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Abgeordnete, liebe Bürgerinnen und Bürger! Der heutige Dringlichkeitsantrag von CSU und FREIEN WÄHLERN "US-Streitkräftebasen in Bayern erhalten – transatlantische Verbundenheit bewahren" ist nichts anderes als ein Schaufensterantrag. Deswegen wird er von uns hier und jetzt abgelehnt.

(Beifall bei der AfD)

Der Bayerische Ministerpräsident Dr. Markus Söder versucht sich in einem Interview mit dem Bayerischen Rundfunk klar erkennbar von seinem eigenen Kanzler Friedrich Merz zu distanzieren. Dessen zahlreiche und massive außenpolitische Fehltritte führen inzwischen selbst in den eigenen Reihen zu Chaos. Während Merz international Porzellan zerschlägt, beginnt die CSU bereits mit der politischen Absicherung für die Zeit nach dieser Rumpelkoalition. Das zeigt, wie tief das Misstrauen innerhalb der

schwarz-roten Bundesregierung schon jetzt ist, und das nach einem Jahr im Amt. Dieses Bündnis wird zerbrechen und den Weg für Neuwahlen frei machen.

(Beifall bei der AfD)

Für viele Bürger ist das eher eine Chance für Deutschland als ein Problem. Als Ausweg aus dem derzeitigen Chaos gibt es nur eine klare Alternative. Das erkennen zwischenzeitlich immer mehr Wählerinnen und Wähler.

Im Gegensatz zum Antrag von CSU und FREIEN WÄHLERN verfolgt unser Nachzieher einen klaren sicherheitspolitischen Ansatz. Wir sagen offen, was die Regierungsfractionen offensichtlich nicht auszusprechen wagen: Die Verteidigung Deutschlands und Bayerns kann nicht dauerhaft auf andere Staaten ausgelagert werden. Natürlich haben die amerikanischen Standorte in Bayern enorme militärische und wirtschaftliche Bedeutung, und uns liegt eine gute transatlantische Beziehung am Herzen. Aber gute Partnerschaften bedeuten eben auch, Entscheidungen des Partners zu respektieren, selbst dann, wenn sie politisch unbequem sind.

Genau das fehlt in dem Antrag von CSU und FREIEN WÄHLERN vollständig. Dort entsteht der Eindruck, Deutschland müsse Washington vor allem signalisieren: Bitte bleibt weiterhin für unsere Sicherheit verantwortlich. – Genau das ist falsch. Die Vereinigten Staaten handeln nach amerikanischem Interesse. Das ist legitim. Jeder vernünftige, souveräne Staat tut das. Deutschland dagegen hat über viele Jahre die eigene Verteidigungsfähigkeit vernachlässigt.

Wer ist für diesen Ist-Zustand eigentlich verantwortlich? Wer hat die Wehrpflicht ausgesetzt und unsere Kasernen verramscht? – Meine Lieben, genau: All dies geschah unter Führung von CDU/CSU!

(Beifall bei der AfD)

Dabei hat man sich bequem zurückgelehnt und die anderen Staaten dauerhaft die sicherheitspolitische Hauptlast tragen lassen.

Wir begreifen eine mögliche Reduzierung amerikanischer Truppenstärke als Chance, wie längst überfällig Versäumnisse endlich wettzumachen. Die betroffenen Standorte verfügen bereits heute über enorme, hervorragende Infrastruktur mit modernsten Trainings- und Übungsmöglichkeiten sowie hochtechnischer Kompetenz. Lassen Sie uns die frei werdenden Kapazitäten für den Aufwuchs unserer Bundeswehr, für die eigenständige Landesverteidigung nutzen! Genau das fordern wir in unserem Nachzieher.

Wir wollen die mögliche Reduzierung amerikanischer Truppenpräsenz durch den Ausbau der Bundeswehr kompensieren und die bestehende Infrastruktur weiter nutzen und ausbauen, um damit Arbeitsplätze und Wirtschaftskraft in der Region dauerhaft zu sichern. Wir wollen, dass Deutschland endlich wieder in die Lage versetzt wird, seine Landesverteidigung eigenständig als souveräner Staat wahrzunehmen.

(Beifall bei der AfD)

Das ist der entscheidende Unterschied zwischen unserem Dringlichkeitsantrag und dem Dringlichkeitsantrag der CSU und der FREIEN WÄHLER: Wir formulieren konkret sicherheitspolitische Konsequenzen und die deutliche Antwort auf Veränderungen geopolitischer Rahmenbedingungen. Partnerschaft entsteht nicht durch Abhängigkeit, sondern durch eigene Stärke. Genau deshalb bitten wir um Zustimmung zu unserem weitergehenden Nachzieher. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Kollege Benjamin Adjei das Wort.

**Benjamin Adjei (GRÜNE):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Donald Trump erschüttert die transatlantische Partnerschaft seit gut 15 Monaten fast tagtäglich und stellt die NATO wiederholt infrage. Die neuesten Ankündigungen, einen Teilabzug der amerikanischen Soldaten in Deutschland voranzutreiben, insbesondere in der Nordoberpfalz und in Westmittelfranken, erschüttern und verunsichern natürlich

die Menschen vor Ort. In der Folge kamen die sicherheitspolitischen Herausforderungen, vor denen wir stehen, ganz massiv zum Vorschein.

Die US-Stützpunkte sind ein wirtschaftspolitischer Faktor. Jedes Jahr entsteht aufgrund dieser Truppenpräsenz vor Ort eine Wirtschaftskraft im Umfang von mehreren 100 Millionen Euro. Überdies sind Tausende zivile Arbeitsplätze in der Gastronomie, im Handwerk und im Mittelstand von diesen Truppen abhängig. Für die regionale Ökonomie wäre somit ein Abzug ein massiver Schlag.

Dieser Abzug hätte aber auch einen sicherheitspolitischen Aspekt. Die Basen bilden einen zentralen Baustein der NATO-Sicherheitsarchitektur. Von hier aus werden Ausbildung, Logistik und das Verlegen von Soldatinnen und Soldaten koordiniert. Diese Basen sind für unsere europäische Sicherheit elementar.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen wir uns eines nicht einreden: Das ist kein reines Geschenk der US-Amerikaner. Die Basen sind auch zentraler Bestandteil ihrer eigenen Sicherheitsarchitektur. Wir können sie als den größten und leistungsfähigsten Flugzeugträger mitten in Europa ansehen. Er hat Reichweiten in den Mittleren Osten, nach Nordafrika und nach Osteuropa. Damit ist er das zentrale Bindeglied der sicherheitspolitischen Interessen der Amerikaner. Ein Abzug der Truppen wäre also auch für die US-Amerikaner und ihre sicherheitspolitischen Interessen kontraproduktiv.

Für uns ist deswegen ganz klar: Wir stehen zur transatlantischen Partnerschaft. Wir stehen zu dem Bündnis zwischen den NATO-Staaten. Die amerikanischen Soldatinnen und Soldaten sind natürlich auch weiterhin bei uns in Bayern herzlich willkommen. Wir wünschen uns, dass sie auch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten weiter bei uns stationiert bleiben.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Entscheidung treffen am Ende nicht wir hier in München. Die Staatsregierung darf nicht so tun, als wären die Probleme erst dann real, wenn der letzte Soldat und die letzte Soldatin abgezogen sind. Die Unsicherheiten für die Kommunen, für die Menschen vor Ort und auch für unsere euro-

päischen Freundinnen und Freunde sind schon jetzt real. Entsprechend unterstützen wir auch den Dringlichkeitsantrag der SPD; denn es ist wichtig, sich jetzt Gedanken darüber zu machen, welche Folgen ein möglicher Abzug mit sich bringen würde.

Wir brauchen unbedingt eine Taskforce in der Staatsregierung, die sich mit diesen Folgen beschäftigt. Wir brauchen einen Bericht, wir brauchen Transparenz, und wir müssen dafür sorgen, dass es für die Menschen vor Ort auch weiterhin Entwicklungsmöglichkeiten gibt, wenn absehbar ist, dass dort möglicherweise Arbeitsplätze bedroht sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Staatsregierung darf hier nicht nur mit Hoffen und Bitten reagieren. Wir brauchen vielmehr verlässliche, belastbare Vorsorge und einen Strukturplan. Wir fordern Sie zum Handeln auf. Sie sollten nicht nur bitten, sondern aktiv reagieren.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Kollege Adjei. – Für die CSU-Fraktion hat Herr Kollege Dr. Harald Schwartz das Wort.

**Dr. Harald Schwartz (CSU):** Herr Vizepräsident, Kolleginnen und Kollegen! Es ist eine Entscheidung mit großer Tragweite, die wir aus den Vereinigten Staaten von Amerika wahrnehmen mussten. Sie betrifft ganz Europa, sie betrifft Bayern, sie betrifft Deutschland, sie betrifft aber vor allem meine Heimat Amberg-Weilburg. Hier steht die Stryker-Brigade in Rede, die ihre Heimat in Vilseck hat. Die Auswirkungen des Abzugs von rund 5.000 Soldaten aus einer Region, die seit Jahrzehnten militärisch geprägt ist, möchten wir uns gar nicht vorstellen.

Dabei geht es zuallererst um das Sicherheitsinteresse. Es gibt aber auch eine Reihe weiterer Argumente, die gegen diesen Abzug sprechen und die uns veranlassen, alles zu tun, um ihn abzuwenden und daran mitzuwirken, dass Einschnitte gegebenenfalls kompensiert werden. Wir müssen uns Gedanken machen, wie es vor Ort weitergehen

soll. Heute ist das klare politische Ziel, dass wir mit großer Geschlossenheit ein Signal setzen.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Oberflächlich erscheint diese Entscheidung verkraftbar, handelt es sich doch nur um eine Brigade. Die tatsächliche Bedeutung angesichts einer Truppenstärke von nicht ganz 40.000 Soldaten in Deutschland wird aber möglicherweise unterschätzt. Es handelt sich um das 2nd Cavalry Regiment, das als einzige in Deutschland verbleibende Kampfbrigade der US-Armee fungiert.

Wir haben aber jetzt ein bisschen Hoffnung. Von einem Vorredner wurde angemerkt, dass vor etwa fünf Jahren schon einmal eine solche Entscheidung getroffen wurde. Diese Entscheidung wurde dann revidiert, weil es so ist, dass politische Gremien in den USA dazu noch ihre Zustimmung geben müssen. Diese Zustimmung ist alles andere als sicher. Wir sollten heute aber ein klares Bekenntnis abgeben, ein klares Bekenntnis zur Allianz, zu einer jahrzehntelangen Zusammenarbeit und zu unseren gemeinsamen Werten.

Die Bedeutung der Standorte in Grafenwöhr, Hohenfels und des Südlagers in Vilseck dürfen wir jedoch nicht unterschätzen. Ein Abzug wäre zeitnah nicht kompensierbar, insbesondere nicht durch Einheiten der Bundeswehr. Es wäre weltfremd anzunehmen, dass wir innerhalb von Monaten in der Lage wären, dort einfach 5.000 Soldaten anzusiedeln.

Wir haben Argumente, die auch für die US-Amerikaner von Bedeutung sind und die dafür sprechen, keine Soldaten aus Vilseck abzuziehen. Ich nenne als Erstes optimale Trainingsvoraussetzungen. Der Truppenübungsplatz Grafenwöhr ist der größte Truppenübungsplatz in Europa. Er verfügt über Einrichtungen, die einmalig sind. Die meisten von Ihnen werden ja den Wehrdienst verweigert haben, waren nicht dabei, waren fußkrank oder haben sonst irgendeinen Grund gefunden, warum sie nicht zum Bund gegangen sind.

(Widerspruch bei der AfD – Christoph Maier (AfD): Das stimmt nicht! Wir haben Ihre Behauptungen schon statistisch ausgewertet!)

Ich war bei der Bundeswehr. Ich habe auch in Grafenwöhr Übungen absolviert. Ich kann Ihnen sagen: Wir haben dort eine einmalige Einrichtung, die in den letzten Jahren auch noch deutlich verbessert wurde. Tatsächlich gibt es auch jetzt noch Möglichkeiten, die dortige Infrastruktur zu verbessern. Ich denke etwa an flächendeckendes 5G, um dort Drohnen und moderne Militärtechnologie zum Einsatz bringen zu können. Wir wollen die Attraktivität des Truppenübungsplatzes steigern, um ihn damit noch unverzichtbarer zu machen.

Ehrlicherweise muss ich aber sagen: Die wirtschaftliche Bedeutung dieses Abzugs wäre für uns in Amberg-Sulzbach noch gewichtiger und höher einzuschätzen. Die meisten von Ihnen werden noch nie in Vilseck gewesen sein. Wer aber einmal dort gewesen ist, weiß, wie stark die Prägung durch die Amerikaner in Vilseck ist. Man geht dort an keinem Laden vorbei, in dem nicht auch in englischer Sprache die Waren angepriesen werden, wo man nicht US-Amerikaner im Restaurant vorfindet, wo man nicht auf Schritt und Tritt mit dieser Realität konfrontiert ist. Im Unterschied zu ganz vielen Standorten auf der Welt ist es bei uns aber so – und das spricht für uns –, dass die amerikanischen Freunde bei uns wirklich Freunde sind, dass sie aufgenommen sind. Es gibt über Jahrzehnte gewachsene Strukturen und Partnerschaften mit den Kommunen. Es gibt soziale Verbindungen auf allen Ebenen. Amerikaner, die bei uns in Uniform durch die Stadt gehen, müssen sich nicht verstecken; im Gegenteil, sie werden freundlich aufgenommen. Wir schätzen sie.

Besonders betroffen sind wir in der Stadt Vilseck. Sie müssen sich jetzt vor Augen führen: Wir haben in Amberg-Sulzbach in den letzten Jahren nicht nur die Maxhütte, sondern auch die Panzerbrigade 12 verloren. Ein Bundeswehr-Klinikum wurde geschlossen. Wir haben eine Reihe von Einschlügen hinnehmen müssen, sodass wir – man kann das durchaus mal sagen – an der zweitletzten Stelle der Wirtschaftskraft in Bayern stehen. Wir stehen an der zweitletzten Stelle in Bayern. Was es für die Region

bedeuten würde, wenn dort ein Truppenabzug stattfände, kann man ermessen, wenn man sich überlegt – es gibt nur Schätzungen und keine genauen Zahlen –, dass der wirtschaftliche Impuls, der von den US-Amerikanern in unseren Landkreis getragen wird, oberhalb von 700 Millionen Euro pro Jahr liegt. Wenn ein erheblicher Teil der Truppen aus Amberg-Sulzbach abgezogen wird, dann hat das für die lokale Wirtschaft einen erheblichen Einschnitt zur Folge.

Ich stelle in der Gesamtschau fest, dass die Argumente, die für uns sprechen, so gewichtig sind, dass wir eine berechtigte Hoffnung haben, dass nicht alles, was über den großen Teich zu uns dringt, zu hundert Prozent auch umgesetzt werden muss. Für uns sprechen die sicherheitspolitische Bedeutung, die Bedeutung einer strategischen Partnerschaft, die Standortvorteile, die wirtschaftlichen Auswirkungen, aber auch die soziale Einbettung der Soldatinnen und Soldaten. Daher ist meine Hoffnung, dass die Entscheidung in den USA nicht endgültig ist. Ich möchte daher sagen: Mr. President, reconsider this decision! – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Abgeordnete Oskar Atzinger von der AfD-Fraktion gemeldet.

**Oskar Atzinger (AfD):** Herr Kollege Dr. Schwartz, auf Bundesebene wurde beschlossen, eine Brigade in Litauen aufzustellen. Dazu soll vor allem das Panzergrenadierbataillon aus Oberviechtach dorthin verlegt werden. Protestieren Sie dagegen auch mit dieser Vehemenz?

(Zurufe der Abgeordneten Alexander Flierl (CSU), Michael Hofmann (CSU) und Thomas Huber (CSU))

Warum protestieren Sie nicht dagegen? Wäre es nicht sinnvoll, die Pläne zur Verlegung der Brigade nach Litauen zu stoppen und die amerikanische Brigade hier durch eine deutsche zu ersetzen?

(Beifall bei der AfD – Michael Hofmann (CSU): Unglaublich! Und dann dazu auch noch Beifall klatschen! Unglaublich!)

**Dr. Harald Schwartz (CSU):** Ich möchte jetzt keine Nachhilfe in Fragen des Militärs geben; aber es handelt sich bei den 122ern in Oberviechtach um ein Panzergrenadierbataillon. Ich weiß das deswegen, weil ich selber dort gedient habe.

(Oskar Atzinger (AfD): Ich auch!)

– Sie haben sich scheinbar nicht gemerkt, wie groß ein Bataillon und wie groß eine Brigade ist.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das heißt, wir reden über ein paar Hundert Soldaten. Das hat eine andere wirtschaftliche Bedeutung. Oberviechtach ist zugegebenermaßen zwar groß, aber das ist eine ganz andere Liga.

Dass Sie sich jetzt zu einer Zwischenbemerkung melden, überrascht mich. Ihr Parteivorsitzender müsste jetzt eigentlich einen Erfolg feiern, weil er gefordert hat, dass alle US-Truppen Deutschland verlassen. Erzählen Sie das doch mal den Wählern in Vilseck. Erzählen Sie das mal den Menschen in Amberg-Sulzbach.

(Lebhafter Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Für die Staatsregierung erteile ich dem Staatsminister Dr. Florian Herrmann das Wort.

**Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach der noch sehr unspezifischen Ankündigung von US-Präsident Trump ist es gleichwohl sehr wichtig, dass wir politisch dazu Stellung beziehen. Deswegen danke ich den Regierungsfractionen für die Einbringung dieses Dringlichkeitsantrags. Ich danke auch den Vorrednern, die zu

diesem Dringlichkeitsantrag gesprochen haben – jedenfalls denen der Regierungsfraktionen, der SPD und der GRÜNEN.

Wenn der Dringlichkeitsantrag nachher möglichst mit breiter Mehrheit oder vielleicht sogar einstimmig beschlossen werden könnte, wäre das ein wichtiges politisches Signal des Bayerischen Landtags, von dem ich überzeugt bin, dass es von unseren Gesprächspartnern in Amerika gehört wird.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die amerikanischen Kolleginnen und Kollegen, vor allem die im Parlament, im Senat und im Abgeordnetenhaus, sehen, was die Truppen und das Verhältnis zur NATO betrifft, bei Weitem nicht so schwarz-weiß. Das sind in überwiegender Mehrheit Transatlantiker der alten Schule. Deshalb müssen sie auch von uns in ihrem politischen Wirken unterstützt werden. Dabei helfen derartige politische Beschlüsse wie der des Bundestags, die Schuldenbremse aufzuheben, was das militärische Investment betrifft, um sich dem NATO-Ziel für Verteidigungsausgaben anzunähern. Die Botschaft "Die Deutschen haben sogar ihr Grundgesetz geändert" kam in Amerika sehr klar an und wurde auch positiv gesehen. Ich bin mir sicher, dass unser Beschluss heute auch positiv wahrgenommen wird.

Ich muss den Kollegen der AfD, Kollegen Arnold und Atzinger, schon sagen: Wenn Sie bei Ihrer Haltung bleiben, die Sie heute geäußert haben, wird das auch gerne gehört, allerdings nicht in Amerika, sondern in Moskau.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der SPD)

Meine Damen und Herren, zum politischen Statement, das wir heute abgeben, gehört ganz klar, erstens: Die Staatsregierung nimmt die Sorgen der Menschen in der Stationierungsregion sehr ernst. Es ist genau so, wie es der Kollege Harald Schwartz gerade eindrücklich ausgeführt hat. Das sind Beziehungen, die über Jahrzehnte in den Regionen gewachsen sind. Ich nenne beispielhaft die Stryker-Brigade in Vilseck.

Wenn es um sie gehen würde – wir wissen es ja noch nicht genau, es könnte ja sein –, dann würden die über Jahrzehnte gewachsenen Beziehungen auf beiden Seiten reduziert oder sogar beendet werden. Sie würden darunter leiden. Das hätte selbstverständlich deutlich negative Auswirkungen auf die Region. Ich glaube, das muss man niemandem erklären. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass wir darüber reden, aber auch, dass wir aktiv werden.

Der zweite Punkt ist, dass sich Bayern natürlich zur NATO und zum Bündnis mit den USA bekennt. Das ist unverzichtbar für unsere eigene Sicherheit. Das ist gar keine Frage. Deshalb ist es wichtig, dass man diese ganzen Themen immer von der militärischen Notwendigkeit her betrachtet, also einerseits die Frage, welche Auswirkungen das auf die Region hat, aber andererseits auch, was solche Äußerungen des US-Präsidenten insgesamt für die Sicherheitsarchitektur der Welt bedeuten. Man muss immer deutlich machen: US-Truppen in Bayern sind kein Relikt des Kalten Krieges, sondern ein zentraler Bestandteil dieser Sicherheitsarchitektur, und zwar auch für die USA.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sie sind ein logistischer und strategischer Vorposten. Sie sind für die NATO ein entscheidender Faktor für Abschreckung, Reaktionsfähigkeit und Zusammenhalt. Das muss man sich immer vor Augen führen. Das ist keine nette Geste, dass die United States Army und die Air Force in Deutschland und vor allem in Bayern stationiert sind, sondern das hat eine ganz elementare Bedeutung für die Sicherheitsarchitektur und natürlich auch für die Vereinigten Staaten selbst; denn von Bayern aus, von der United States Army Garrison Bavaria, kann man notwendige Operationen, um zum Beispiel die Ostflanke der NATO zu schützen, durchführen. Die Amerikaner können die Operationen im Golf von dort aus machen. Das geht aber nur, wenn man auch in Europa präsent ist, deshalb die klaren Entscheidungen auch des Kongresses, dass bestimmte Stationierungen immer in Europa sein müssen. Das kann der US-Präsident nicht allein entscheiden. Das rührt alles aus dieser strategischen Notwendigkeit schneller Truppenverlegungen, Logistik und Versorgung her. Es geht natürlich auch um globale

Führungsstrukturen. Man kann nicht alles von einem anderen Kontinent aus, sondern manches nur von Europa aus machen.

Drittens. Es ist für die Abschreckungswirkung der NATO zentral wichtig. Ohne amerikanische Truppen in Europa ist die NATO nicht halb so abschreckend. Das muss man sich immer klar vor Augen führen: Verstärkung der Ostflanke und eben Abschreckung vor allem der Russen. Das ist ganz zentral.

Dazu kommt natürlich auch der politische und der symbolische Wert für die transatlantische Bindung, für den Zusammenhalt, für die Verlässlichkeit in der NATO, für die Stärkung der NATO insgesamt. Deshalb ist es wichtig, dass wir diesen Ausgangspunkt und Kern aller Überlegungen – nämlich der militärischen Überlegungen – immer deutlich ins Zentrum stellen.

Wir wissen insgesamt eigentlich – außer dem, was man den Medien entnehmen kann – noch nicht viel. Es gibt keine offizielle Unterrichtung, was genau gemeint ist, wer offiziell betroffen ist. Auch die Medienberichte zum Abzug der Stryker-Brigade – also das 2nd Cavalry Regiment aus Vilseck – sind von der US-Seite bisher nicht offiziell bestätigt. Das heißt nicht, dass es nicht vielleicht noch bestätigt wird. Es ist aber jedenfalls noch eine unklare Situation, die vor Ort natürlich auch besonders ärgerlich ist. Die Situation ist insgesamt ärgerlich und sicherheitspolitisch auch gefährlich.

Der Bund muss deshalb schnellstmöglich mit der US-Regierung klären, was wirklich Sache ist und was wann und wie passiert. Es muss also konkreter werden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zwei Punkte – ganz kurz –, was wir bisher getan haben, dann noch kurz, was wir jetzt als Staatsregierung konkret tun:

Zunächst stellen wir die militärische Notwendigkeit in den Mittelpunkt. Das bedeutet, die Kampfkraft der Garrison Bavaria – also in erster Linie Grafenwöhr, Vilseck, aber natürlich auch Illesheim und Ansbach – in den Blick zu nehmen, herauszustellen

und vor allem zu stärken. Wir haben das nicht erst seit heute, sondern schon länger gemacht.

Wir haben im Jahr 2020 die AG Defender gegründet, um das reibungslose Zusammenwirken bei Verlegungen zu organisieren. Das Ergebnis war ein Erfolg für Bayern. 2022 wurden US-Kampftruppen zur Verstärkung der NATO-Ostflanke über Nürnberg eingeflogen und nicht über Ramstein. Die Gründung der AG Defender war sozusagen ein Aspekt.

Kollege Adjei, ich betone noch einmal: Wir haben diese Art von Taskforce bereits seit sechs Jahren. Wir brauchen also keine Belehrungen, was man jetzt alles tun muss. Bitte einmal informieren, was hier schon alles läuft!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das Gleiche gilt für diverse andere Taskforces, zum Beispiel die für militärisches Bauen. Nur deshalb ist es möglich, dass diese Installationen der USA zügig passieren können, damit niemand in Amerika sagt, wir würden gerne, aber es geht nicht. Es ist im Baubereich beschleunigt worden, es ist Personal aufgestockt worden usw. Wir haben mit dieser Taskforce zur Optimierung militärischer Bauvorhaben Maßstäbe gesetzt. Wir werden übrigens auch von anderen beneidet, weil wir das alles vorangebracht haben.

Die Gesetze zur Förderung der Bundeswehr und der Verteidigungsindustrie haben wir hier beschlossen; das brauche ich nicht gesondert zu erwähnen.

Wichtig ist aber, dass diejenigen, die von den Vereinigten Staaten hier ihren Dienst tun, das hier gerne tun. Das haben wir immer gefördert.

Jetzt ist es wichtig, dass wir unmittelbar reagieren. Ministerpräsident Dr. Markus Söder hat heute dem Bundeskanzler einen Brief geschrieben, in dem er diese aktuelle Situation adressiert und vom Bund drei Dinge einfordert.

Erstens. Die Bundesregierung muss eine ganz klare Standortgarantie für die Standorte in Deutschland und vor allem in Bayern geben. Der Erhalt von Fähigkeiten, Stationierungsumfang und von Standorten ist eine sicherheitspolitische Notwendigkeit. Das würde bedeuten, dass, wenn die Amerikaner tatsächlich irgendwann – das würde auch eine Zeit lang dauern – von bestimmten Standorten weg wären, dort die Bundeswehr mit eigenen Brigaden, die bis dahin aufgebaut sein würden, einrücken müsste. Es muss also für diesen Worst Case, dass die Amerikaner wirklich abziehen, einfach eine Nachverwendung geben. Dafür braucht es schon jetzt ein Bekenntnis des Bundes.

Zweitens. Wir fordern vom Bund ein Programm zur Steigerung der Attraktivität der US-Standorte, also ein Programm zur Stärkung der Zusammenarbeit und zur konkreten Verwendung. Was passiert in Grafenwöhr? – Da wird trainiert. Heutzutage wird anders trainiert als früher. Es geht vor allem um Drohnen. Es geht um die Frage, wie man mit Drohnen vernünftig üben kann. Dafür braucht es eine technische Infrastruktur, nämlich eine hochmoderne 5G-Infrastruktur. Das gibt es bisher nur im National Training Center in Kalifornien.

Es wäre aber auch möglich, das in Bayern zu machen, wenn man das an den beiden Standorten Grafenwöhr und Hohenfels entsprechend aufbaut. Das könnte der Bund tun. Das wäre, insgesamt betrachtet, eine gewaltige Attraktivitätssteigerung für diesen gesamten Standort. Das wäre das größte und modernste volldigitalisierte Übungsgebiet in Europa. Das wäre also eine echte Maßnahme, um allen deutlich zu machen: Wir sind auf Grafenwöhr angewiesen. Ihr könnt gar nicht einfach abziehen, weil ihr es braucht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das würde auch unterstützt werden, das fordern wir auch ein: langfristige Frequenz-zuteilung für die für die elektronische Kampfführung benötigten Frequenzen durch die Bundesnetzagentur, um damit also Simulationsfähigkeiten bei unbemannten Sys-

temen zu ermöglichen, wie zum Beispiel in der Ukraine. Das würde einen absoluten Gamechanger darstellen. Das wäre möglich.

Wir fordern, einen militärischen Bereich am Flughafen Nürnberg einzurichten, sodass US-Army und Bundeswehr dort spezifisch operieren könnten. Das wäre eine starke Anbindung von Bayern und auch von Grafenwöhr an die internationalen Truppenbewegungen, die für die Truppenübungsplätze immer wieder notwendig sind.

Außerdem wollen wir in Grafenwöhr eine zusätzliche Dienststelle der Bundeswehr zur Koordinierung innerhalb der NATO sowie durch Verbindungsbeamte eine stärkere Anbindung des 7th Army Training Command in Grafenwöhr an unser Defense Lab in Erding für eine optimale Zusammenarbeit mit dem Defense-Ökosystem in Bayern.

Der dritte und letzte Punkt, den der Ministerpräsident heute durch sein Schreiben an den Bundeskanzler eingefordert hat: Der Bund muss ein Sofortprogramm für die Entwicklung und Beschaffung weitreichender Marschflugkörper zur Stärkung der konventionellen Abschreckung Russlands auflegen, also gewissermaßen einen Supertaurus. Damit hätten wir auch schon vor ein paar Jahren beginnen können, weil wir bei Unternehmen wie MBDA, Diehl und anderen die Fähigkeiten dazu haben.

Wir sehen es ja jetzt: Wenn die Amerikaner verkünden, sie wollen die unter Biden vereinbarte Lieferung der Tomahawks nicht erfüllen, dann kommen wir in eine gewaltige Sicherheitslücke. Das ist richtig ernst. Deshalb ist es notwendig, dass wir da die eigenen Fähigkeiten stärken. Das ist eine wirtschaftspolitische, aber vor allem auch eine sicherheitspolitische Notwendigkeit.

Man muss sich das einfach vorstellen: Diese Verweigerung oder dieses Verschieben oder Aussetzen der Lieferung von Tomahawks ist so ähnlich, wie wenn Reagan 1983 gesagt hätte, ich habe es mir noch einmal überlegt, wir liefern jetzt doch keine Pershing II. Das hätte vielleicht der Friedensbewegung gut gefallen. Für die Sicherheitsarchitektur der NATO und des Westens und für die Frage, wie die Geschichte dann

weitergegangen wäre, wäre das aber gravierend gewesen. In so einer Situation sind wir.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, deshalb sind die Wirkungen dieser Ankündigung, von der wir noch nicht wissen, wie konkret sie wirklich ist, gravierend – für den Bereich, der unmittelbar betroffen ist, und gravierend für unsere Sicherheit insgesamt. Darum ist es ernst. Darum ist es gut, dass der Ministerpräsident unmittelbar reagiert hat.

Deshalb wäre es am besten, wenn das Hohe Haus diesem Dringlichkeitsantrag der Regierungsfractionen einstimmig zustimmen würde. Das wäre ein starkes Signal von hier nach Washington und an die gesamte NATO.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Eine Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Atzinger, AfD.

**Oskar Atzinger (AfD):** Herr Staatsminister Dr. Herrmann, es wird immer – jetzt auch hier in der Diskussion – von den großen wirtschaftlichen Vorteilen der noch verbliebenen amerikanischen Besatzungssoldaten gesprochen.

Ist Ihnen Artikel 120 des Grundgesetzes bekannt? – "Der Bund trägt die Aufwendungen für Besatzungskosten". Das steht in unserem Grundgesetz. Welche Kosten-Nutzen-Relation gibt es? Ist das überhaupt jemals gemacht worden? Bringen uns die Soldaten wirtschaftlich etwas? Wir müssen sie ja größtenteils bezahlen.

Wäre es da nicht besser, wie Sie selbst gesagt haben, in die eigenen Fertigkeiten zu investieren?

**Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien):** Herr Kollege Atzinger, Sie garnieren hier immer Ihre Reden mit lateinischen

Zitaten. Ihre Fragen, die Sie jetzt zum Beispiel gerade mir stellen, zeigen, dass lateinische Zitate aber noch nichts über Bildung aussagen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Sie machen das hier häufiger; ich bin hier ja öfter anwesend und kriege Ihre ganzen Zwischenfragen mit: Sie sprechen von den US-Truppen immer als Besatzungssoldaten.

(Oskar Atzinger (AfD): "Besatzungskosten" steht im Grundgesetz! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ach, Quatsch! – Oskar Atzinger (AfD): Steht drin!)

Sie sind wahrscheinlich auch der Auffassung, dass das Deutsche Reich noch existiert, weil es da ja auch diese Rechtsprechung und ähnliche Dinge gibt. Das ist ganz übel, was Sie sich hier als Weltbild zurechtgelegt haben.

Ich würde einfach sagen: Reden Sie einmal mit ein paar Leuten, die von Militär und der NATO Ahnung haben. Dann wird dieses Weltbild, das Sie sich hier über die Jahre zurechtgelegt haben, einfach wie eine Seifenblase zerplatzen.

(Oskar Atzinger (AfD): Ich bin Stabsoffizier!)

– Das ist ja umso schlimmer, dass Sie auch noch Stabsoffizier sind. Das ist umso schlimmer, weil das Weltbild schlichtweg falsch ist.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Es gibt überhaupt keine Besatzungszeit mehr. Wir sind in einer völlig neuen Welt, und zwar seit vielen Jahrzehnten. Sie trauern dem Alten nach. Das ist Ihr großes Problem. Das sollten Sie echt einmal untersuchen lassen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung, und die Anträge werden dazu wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER und der CSU-Fraktion auf Drucksache 19/11856 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen! – Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 19/11869 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen! – Bei Gegenstimmen der AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 19/11870 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksache 19/11857 und 19/11858 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.